



Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

25. Sitzung (öffentlich)

9. Oktober 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Oda-Gerlind Gawlik (SPD) (Tagesordnungspunkt 1)

Wolfgang Große Brömer (SPD) (ab Tagesordnungspunkt 2)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Wahl des/der Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden 1

Der Ausschuss wählt Wolfgang Große Brömer (SPD) zum neuen Ausschussvorsitzenden sowie Rainer Bischoff (SPD) zum stellvertretenden Vorsitzenden.

2 § 27 der Gemeindeordnung NRW - Ausländerbeiräte 2

Bericht der Landesregierung zu den Fragen der Veränderung

In Verbindung damit:

Evaluation der Modellversuche in Duisburg und Solingen zu § 27 GO

Vorlage 13/190

Zuschriften 13/2645 und 13/3179

Dem Bericht des Innenministeriums schließt sich eine Aussprache an.

- 3 Fortentwicklung und Ausbau von Sprachförderung und muttersprachlichem Unterricht vorantreiben!** 7
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3339
- Der Antrag wird unter Berücksichtigung der von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Änderungswünschen - siehe auch Anlage zu diesem Ausschussprotokoll - mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen.
- 4 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze** 10
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855
Ausschuss-Protokoll 13/936
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/3855, kein Votum abzugeben.
- 5 Jugendschutz stärken - Au-Pair Vermittlung qualifiziert gestalten** 10
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3728
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/3728, kein Votum abzugeben.
- 6 Nordrhein-Westfalen braucht eine Integrationsoffensive in Grund- und Hauptschulen** 11
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3948
- Der Ausschuss berät über den Antrag der CDU-Fraktion und verständigt sich nach entsprechenden Signalen aus den Fraktion von CDU und FDP darauf, einen weiteren Beratungsgang in einer der nächsten Sitzungen zu absolvieren.

7 Verschiedenes

s. Seite 13 des Diskussionsteils.

Ausschuss für Migrationsangelegenheiten
25. Sitzung (öffentlich)

09.10.2003
sl-ke

versetzungsrelevant sein. Ärgerlich stimme ihn, dass sich die Landesregierung über Beschlüsse des Landtags hinwegsetze.

Michael Solf (CDU) erwidert auf den Beitrag der Abgeordneten Dedanwala, dass es keineswegs um illusionäre Forderungen gehe. Immerhin habe der Landtag seinerzeit die Integrationsoffensive einstimmig beschlossen. Die Fortschritte auf diesem Wege seien aber zu gering.

Juristisch gesehen möge die Aussage der Abgeordneten Dedanwala zutreffen, dass man auch heute schon „mit Türkisch“ einen Abschluss machen könne. Dies gelte aber nur punktuell, weil es eben nicht in ausreichender Zahl Türkischlehrer oder Lehramtskandidaten für Türkisch gebe. Worten müssten Taten folgen. Politik müsse mit den Betroffenen ehrlich umgehen.

Der **Antrag** der Koalitionsfraktionen wird unter Berücksichtigung der von der Abgeordneten Altenkamp vorgetragenen Änderungswünsche mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen das Votum der CDU-Fraktion **angenommen**.

4 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855
Ausschuss-Protokoll 13/936

Nachdem der **Vorsitzende** das bisherige Beratungsverfahren skizziert hat, plädiert Britta **Britta Altenkamp (SPD)** dafür, der Ausschuss solle von einem Votum absehen. Die besondere Betroffenheit des Ausschusses sei nicht zu erkennen. Möglicherweise sei das Gesetz ohnehin so ausgelegt, dass doppelte Diskriminierungen ausgeschlossen seien. - Der **Ausschuss** verständigt sich mit allen Fraktionen darauf, kein Votum abzugeben.

5 Jugendschutz stärken - Au-Pair Vermittlung qualifiziert gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3728

Britta Altenkamp (SPD) legt dar, der hiesige Ausschuss beschäftige sich vorrangig mit Zuwanderern, die beabsichtigten, dauerhaft in Nordrhein-Westfalen zu bleiben. In diese Kategorie fielen Au-Pairs ausdrücklich nicht. Angesichts dessen sei zu fragen, weshalb sich der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten mit dieser Frage befassen solle. Der Ausschuss solle kein Votum abgeben.

Landtag Nordrhein-Westfalen
- Wolfgang Große Brömer -
Vorsitzender des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten

Düsseldorf, 10. Oktober 2003
Krause-Dragon

1. Schreiben

als am 16.10.03
10

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Heinz-Jörg Eckhold MdL

im Hause

Fortentwicklung und Ausbau von Sprachförderung und muttersprachlichem Unterricht vorantreiben!

**Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3339**

Sehr geehrter Herr Kollege,

der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Migrationsangelegenheiten hat sich mit dem vorgenannten Antrag in seinen Sitzungen am 06. Februar und 09. Oktober 2003 befasst. Außerdem war der Antrag für den Ausschuss für Migrationsangelegenheiten Anlass dafür gewesen, zum Thema "Förderung der Mehrsprachigkeit von Migrantenkindern" am 09. Mai 2003 eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Das Ergebnis der Anhörung ist im Ausschussprotokoll 13/870 dokumentiert.

Zur abschließenden Beratung des Antrags am 09. Oktober 2003 schlugen die Koalitionsfraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Änderungen mit i. E. redaktionellem Charakter vor:

Der fünfte Absatz auf Seite 1 des Antrags - Drucksache 13/3339 - erhält folgende Fassung:
"Der Landtag sieht hier die Notwendigkeit, die Anstrengungen weiter zu verstärken, damit für die Kinder mit Unterstützungsbedarf in deutscher Sprache der Schulerfolg zu einem frühen Zeitpunkt gesichert wird."

Der erste Absatz auf Seite 2 erhält folgende Fassung:
"Nach jahrelangen Erfahrungen mit muttersprachlichem Unterricht sieht es der Landtag als erforderlich an, dass als Basis für eine Weiterentwicklung und Konzentration des Angebotes die bisherigen Erfahrungen ausgewertet werden und zu einem in sich stimmigen Konzept entsprechend den Erkenntnissen der PISA-Studie gebündelt werden."

Der dritte Absatz auf Seite 2 erhält folgende Fassung:
"Eine große Zahl von Schülerinnen und Schülern in den Schulen des Landes NRW wächst zweisprachig auf; dies darf nicht allein unter dem Blickwinkel eines zu behebenden Defizits gesehen werden, sondern als Bereicherung und Chance. In diesem Zusammenhang soll bilinguales Lernen gestärkt und Mehrsprachigkeit produktiv genutzt werden."

Der erste Punkt der Spiegelstrich-Aufzählung wird wie folgt gefasst:

" • bis März des Jahres 2004 eine auf Mehrsprachigkeit zielende Konzeption vorzulegen, die Sprachförderung, muttersprachlichen Unterricht, bilinguale Ansätze und weitere Maßnahmen zur Förderung der Integration bündelt und die Möglichkeit beinhaltet, Muttersprachen stärker in den Regelunterricht einzubinden. Diese Konzeption soll kurz- und mittelfristige Perspektiven aufzeigen."


Im Anschluss an die ausführliche Diskussion sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU für die Annahme des Antrags in der so geänderten Fassung aus.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege, verbunden, wenn Sie die Mitglieder Ihres Ausschusses über das Beratungsergebnis unterrichten würden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

x 

Wolfgang Große Brömer

 13/12

2. **Kopie Herrn Kubitzky** ✓
3. **Kopie Herrn Scheidel, Referat I.2** ✓
4. **z.d.A.**